



Integrationsgespräch. Ferdinand Türtscher (Integrationsbeauftragter der Stadt Baden), Alicia Allgäuer (Missing Link/Caritas Wien), Corinna Milborn (Club2-Moderatorin), Olivera Nikolic (Frauenberatungsstelle Undine, Baden), Ewa Dziedzic (Zeitschrift für homosexuelle MigrantInnen „Migay“), Thomas Schmidinger (Politikwissenschaftler), Karima Aziz und Mary Kreutzer (Missing Link/Caritas).

FOTO: ZVG

Geschlecht & Integration

INTEGRATIONSGESPRÄCHE / Geschlechterverhältnisse im Mittelpunkt – Prominentes Podium und rege Publikumsbeteiligung.

BADEN / Auch der zweite von insgesamt fünf Diskussionsabenden der Badener Integrationsgespräche „ZusammenReden“ lockte am 10. Februar wieder zahlreiche Zuhörer ins Zentrum für Interkulturelle Begegnung. Club2-Moderatorin und Journalistin Corinna Milborn diskutierte mit Ewa Dziedzic (Herausgeberin der ersten Zeitschrift für homosexuelle MigrantInnen, MiGAY) und mit Olivera Nikolic von der Badener Frauenberatungsstelle Undine unter der Moderation des Politikwissenschaftlers Thomas Schmidinger Geschlechterverhältnisse in Integrationsprozessen.

„Gesetze im Widerspruch zur Rechtsstaatlichkeit“

Corinna Milborn sprach von „problematischen Gesetzen“, die die Spaltung zwischen Migrantinnen und Österreicherinnen noch vertiefen würden. Der Vorschlag von Justizministerin Baudion-Ortner, den „religiösen Hintergrund“ von Verbrechen künftig als „Erschwerungsgrund“ im Strafrecht festzuschreiben, stehe im Widerspruch zur Rechtsstaatlichkeit. Dasselbe gelte für spezifische Gesetze gegen Genitalverstümmelung oder so genannten Ehrenmord.

Ewa Dziedzic von der Zeitschrift MiGAY berichtete von der Belastung schwuler und lesbischer MigrantInnen. „Sie wissen nicht, an wen sie sich wenden können, denn oft werden sie

nicht nur von der eigenen Familie oder Gemeinschaft verstoßen, sondern auch in Beratungsstellen skeptisch beäugt.“ In der Schwulen- und Lesbenszene seien sie Exoten.

Olivera Nikolic, deren Eltern als so genannte Gastarbeiter nach Österreich kamen, arbeitet heute als serbokroatisch sprechende Beraterin in der Frauenberatungsstelle Undine. Sie unterstützt Frauen, die von Gewalt in Familien und fremdenrechtlichen Bestimmungen betroffen sind. „Das Aufenthaltsrecht verschärft leider nur zu oft die Abhängigkeit von Frauen von deren Ehemännern und erschwert die Integration von Frauen und Männern in die Gesellschaft“, meinte sie.

Öffentlichkeitswirksame Themen weniger dringend

In der Öffentlichkeit heiß diskutierte Themen wie Gewalt oder Verschleierung würden in der Realität der Betroffenen eine geringere Rolle spielen, als aufenthaltsrechtliche oder soziale Fragen. Milborn wies jedoch darauf hin, dass daraus nicht der Schluss gezogen werden dürfe, dass diese Themen nicht existieren würden. Sowohl deren Instrumentalisierung durch Rechtspolitiker, als auch die Leugnung durch „multikulturalistische Linke“ würde die betroffenen Frauen ihrer Situation ausliefern.

Das nächste Gespräch findet am 18. März im Theater am Steg

statt. Ab 19 Uhr diskutieren Vedran Dzihic (Uni Wien), Stefanie Mayer (IHS) und der Psychoanalytiker Felix de Mendelssohn (Sigmund Freud Privatuniversität) über Nationalismus.

Auszeichnung für Lokalbahn

VOR-AWARD / Wiener Lokalbahnen sind „Bestes Verkehrsunternehmen“.

BADEN / Der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) hat wieder die Fahrgastzufriedenheit mit den Busunternehmen des VOR und VNNB (Verkehrsverbund Niederösterreich-Burgenland) gemessen. Dabei ging die Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen als Sieger in der Kategorie „Bestes Verkehrsunternehmen“ unter 38 Teilnehmern hervor.

Als Grundlage diente eine Befragung von über 20.000 Kunden bezüglich ihrer Zufriedenheit mit der Leistung der Unternehmen. Daneben flossen auch die Ergebnisse der vom VOR durchgeführten Kontrollen bezüglich Sauberkeit, Platzangebot, Freundlichkeit, Preis-/Leistungsverhältnis, Komfort, sowie Fahrplan in die Bewertung ein.

ÖVP-Bauernbund für Erhöhung bei:

- Grundsteuer
- Sozialversicherung
- Kammerumlage
- Unfallversicherung
- Kirchensteuer

Weiters will die ÖVP strengere Kontrollen durch die AMA!

Wollen SIE das auch?

Nur durch die Stärkung der SPÖ Bauern können diese Vorhaben blockiert werden - deshalb wählen Sie am 28. Februar SPÖ!



Faire Bezahlung

für Arbeit und Ernte



www.noebauern.spoe.at

Anzeige